

Pol.Bez. Braunau am Inn
5163 Perwang a.G. Nr. 4
Fax 06217/8247-15
☎ 06217/8247

DVR.Nr. 0482315
e-mail: perwang@netway.at

Internet: http://www.netvillage.at/perwang_am_grabensee.htd

Sachbearb.: GS Stabauer Gerhard

Zl. 004/1 - 5/1998

5. öffentliche Gemeinderatssitzung 1998

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die öffentliche Gemeinderatssitzung des Gemeinderates der Gemeinde Perwang am Grabensee am Dienstag, 29. September 1998, Beginn um 20,00 Uhr, im Sitzungszimmer des Gemeindeamtes Perwang am Grabensee.

ANWESENDE:

1. BGM Sulzberger Josef (ÖVP) zugleich als Vorsitzender
2. Vize-BGM Kreuzeder Johann (ÖVP)
3. GV Brandauer Wolfgang (SPÖ)
4. GR Kappacher Peter (ÖVP)
5. GR Kreuzeder Stefan (SPÖ)
6. GR Rachl Angela (ÖVP)
7. GR Gruber Renate (ÖVP)
8. GR Eidenhammer Robert (ÖVP)
9. GR Eidenhammer Angela (ÖVP)
10. GR Feigl Hubert (SPÖ)
11. GR Mair Robert (ÖVP)
12. GR Stockhammer Johann (ÖVP)
13. GRE Voggenberger Friedrich (SPÖ)
für entsch. GR Andorfer Friedrich

Schriftführer: GS Gerhard Stabauer

Der Vorsitzende eröffnet um 20,00 Uhr die Sitzung und stellt fest, daß diese von ihm unter Bekanntgabe der Tagesordnungspunkte zeitgerecht schriftlich am 22.09.1998 einberufen wurde, daß die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel am selben Tag öffentlich kundgemacht wurde und daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist.

Ferner stellt der Vorsitzende fest, daß die Verhandlungsschrift über die Sitzungen vom 26.06.1998 während dieser Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese bis zum Sitzungsschluß noch Einwendungen vorgebracht werden können.

Sodann geht der Vorsitzende zur Tagesordnung über:

Tagesordnungspunkt 1: FF-Zeugstättenerweiterung; Genehmigung des Finanzierungsplanes

Dazu erklärt der Vorsitzende, daß der Finanzierungsplan für die FF-Zeugstättenerweiterung geändert worden ist, da vorher auf den Einbau einer Heizung vergessen worden ist. Mit der Indexsteigerung sieht der Finanzierungsvorschlag der Landesregierung wie folgt aus:

Über Ersuchen verliest der Schriftführer diesen zur Gänze:

	-1997	1998	1999	2000	Gesamt:
Anteilsbetrag OH	0	80	80	80	240
Eigenleistungen	50	0	0	0	50
Bedarfszuweisung	250	0	450	100	800
Summe:	300	80	530	180	1.090

Da dazu keine Wortmeldungen erfolgen, stellt der Vorsitzende den **Antrag, den soeben vernommenen Finanzierungsplan für die FF-Zeugstättenerweiterung zu genehmigen.**

Dem Antrag des Vorsitzenden wird mittels Handzeichen von allen anwesenden Gemeinderatsmitgliedern die Zustimmung erteilt.

Tagesordnungspunkt 2: Ankauf eines Kommunalrasentraktors samt Zubehör; Genehmigung des Finanzierungsplanes

Dazu erklärt der Vorsitzende, daß nun der Finanzierungsvorschlag des Landes für den Ankauf eines Kommunalrasentraktors samt Zubehör gekommen ist.

Über Ersuchen verliest der Schriftführer diesen zur Gänze.

	1998	1999	2000	2001	Gesamt:
Anteilsbetrag OH	4	5	20	20	49
Union - Dachverband	15	0	0	0	15
Abt. Bildung	5	0	0	0	5
Landessportbüro	30	0	0	0	30
Bedarfszuweisung	0	0	250	300	550
Summe:	54	5	270	320	649

Da dazu keine Wortmeldungen erfolgen, stellt der Vorsitzende den **Antrag, den soeben vernommenen Finanzierungsplan für den Kommunalrasentraktor samt Zubehör zu genehmigen.**

Dem Antrag des Vorsitzenden wird mittels Handzeichen von allen anwesenden Gemeinderatsmitgliedern die Zustimmung erteilt.

Tagesordnungspunkt 3: Ankauf eines Kommunalrasentraktors samt Zubehör; Aufnahme eines Zwischenfinanzierungsdarlehens

Dazu erklärt der Vorsitzende, daß nach Absprach mit Frau Stöbich vom Amt der OÖ Landesregierung ein Zwischenfinanzierungsdarlehen für den Ankauf des Kommunalrasentraktors samt Zubehör in der Höhe von S 599.000,-- aufgenommen werden darf.

Es wurden folgende Angebote abgegeben:

Anbotssteller	SMR-Aufschlag (Basis 7/98)	gepr.Anbotssumme:	Reihung:
Raika Perwang	+/- 0,0 %	4,530 %	1.
Sparkasse Mattighofen	+ 0,125 % gerundet auf 1/8 %	4,750 %	4.
Hypobank Seekirchen	+/- 0,0 % gerundet auf 1/8 %	4,625 %	3.
Oberbank Mattighofen	kein Angebot		
Volksbank Lochen	kein Angebot		
Kommunalbank Wien	+/- 0,0 %	4,530 %	1.

Nach kurzer Diskussion wird vereinbart, trotz des gleichen Angebotes der Raika Perwang und der Kommunalbank Wien der Hausbank den Vorzug zu geben, da mit der Raika Perwang immer gut zusammen gearbeitet wird.

Über Ersuchen verliert der Schriftführer den Darlehensvertrag zur Gänze.

Da dazu keine Wortmeldungen erfolgen, stellt der Vorsitzende den **Antrag, das Zwischenfinanzierungsdarlehen für den Ankauf des Kommunalrasentraktors samt Zubehör an die Raika Perwang mit einem Aufschlag von +/- 0,0 % auf die Sekundärmarktrendite zu vergeben und den Darlehensvertrag zu genehmigen.**

Dem Antrag des Vorsitzenden wird mittels Handzeichen von allen anwesenden Gemeinderatsmitgliedern die Zustimmung erteilt.

Tagesordnungspunkt 4: Pensionskassenvertrag mit der ÖPAG Pensionskasse, Wien; Genehmigung

Dazu erklärt der Vorsitzende, daß mit 1. Juli 1998 die Bürgermeisterbezüge und auch die Pensionsregelung für Bürgermeister geändert wurden. Da es nun keine Bürgermeisterpension mehr gibt, kann ein Bürgermeister selber einen Pensionskassenvertrag abschließen, welcher allerdings vom Gemeinderat genehmigt werden muß, da die Beiträge von der Gemeinde bezahlt werden und diese dem Bürgermeister direkt von seiner Aufwandsentschädigung abgezogen werden.

Es handelt sich hier um 11,75 % des Bürgermeisterbruttobezuges, welcher an die ÖPAG überwiesen wird, weitere 11,75 % werden dem Bürgermeister nochmal abgezogen und als Rücklage hinterlegt, da dies der Bürgermeister nach seinem Ausscheiden bekommt. Lediglich 11,05 % müssen von der Gemeinde selbst bezahlt werden.

Über Ersuchen verliert der Schriftführer den Pensionskassenvertrag mit der ÖPAG Pensionskassen AG, Treustraße 35 - 43, 1203 Wien, zur Gänze.

Da dazu keine Wortmeldungen erfolgen, stellt der Vorsitzende, den **Antrag, den soeben vernommenen Pensionkassenvertrag mit der ÖPAG zu genehmigen.**

Dem Antrag des Vorsitzenden wird mittels Handzeichen von allen anwesenden Gemeinderatsmitglieder die Zustimmung erteilt.

Tagesordnungspunkt 5: Getränkesteuerordnungen vom 06.12.1990 und 23.04.1998; Aufhebung

Dazu erklärt der Vorsitzende, daß die Getränkesteuerordnung, welche in der Sitzung am 23.04.1998 beschlossen wurde, dem Willen der Landesregierung nicht entspricht und diese die Gemeinde aufgefordert hat, diese aufzuheben. Da in dieser Getränkesteuerordnung die Ordnung vom 06.12.1990 aufgehoben wurde, muß mit dieser Aufhebung natürlich die alte Ordnung noch einmal aufgehoben werden.

Da man zur Zeit nicht genau weiß, was wirklich das Gescheiteste wäre, da man von überall verschiedene Auskünfte bekommt, ob man eine Getränkesteuerordnung braucht oder die Kundmachung der Hebesätze genügen und andererseits die Getränkesteuerordnung des Bezirkes Braunau der Landesregierung als oberste Aufsichtsbehörde oder dem Gemeindebund ein Dorn im Auge ist, da hier darauf gedrängt wird unbedingt die Getränkesteuerordnung des Gemeindebundes zu beschließen, wird es als das Beste betrachtet, die Getränkesteuerordnungen vom 06.12.1990 und 23.04.1998 aufzuheben und abzuwarten bis sich die Aufsichtsbehörden einig sind.

Da dazu keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, stellt der Vorsitzende den **Antrag, die Getränkesteuerordnungen vom 06.12.1990 und 23.04.1998 mit folgender Verordnung ersatzlos aufzuheben:**

VERORDNUNG

des Gemeinderates der Gemeinde Perwang am Grabensee vom 29. September 1998 mit der die Getränkesteuerordnungen vom 06.12.1990 und 23.04.1998 aufgehoben werden.

I.

1. Die Getränkesteuerordnung der Gemeinde Perwang a.G. vom 23.04.1998 wird aufgehoben.
2. Die Getränkesteuerordnung der Gemeinde Perwang a.G. vom 06.12.1990 wird aufgehoben.

II.

Diese Verordnung tritt mit dem Ablauf der Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

Dem Antrag des Vorsitzenden wird mittels Handzeichen von allen anwesenden Gemeinderatsmitglieder die Zustimmung erteilt.

Tagesordnungspunkt 6: Bericht des Prüfungsausschusses anlässlich der Prüfung vom 11.09.1998

Dazu erklärt der Vorsitzende, daß am 11. September 1998 eine Prüfungsausschußsitzung durchgeführt wurde und ersucht den Obmann Stefan Kreuzeder um seinen Bericht.

Dieser verliest sodann die Prüfungsergebnisse zur Gänze.

Da keine Anträge an den Gemeinderat gestellt wurden und keine Wortmeldungen vorliegen, stellt der Vorsitzende den **Antrag, den Prüfungsbericht des örtlichen Prüfungsausschusses vom 11. September 1998 zur Kenntnis zu nehmen.**

Dem Antrag des Vorsitzenden wird mittels Handzeichen von allen anwesenden Gemeinderatsmitgliedern die Zustimmung erteilt.

Tagesordnungspunkt 7: Bericht der Bezirkshauptmannschaft Braunau am Inn anlässlich der Überprüfung des Rechnungsabschlusses für das Haushaltsjahr 1997

Dazu erklärt der Vorsitzende, daß von der Bezirkshauptmannschaft Braunau am Inn der Rechnungsabschluß für das Finanzjahr 1997 überprüft wurde, welcher wiederum einen beträchtlichen Abgang aufweist.

Über Ersuchen verliest der Schriftführer die Prüfungsfeststellungen der Bezirkshauptmannschaft Braunau am Inn anlässlich der Überprüfung des Rechnungsabschlusses 1997 zur Gänze.

Der Vorsitzende erklärt, daß hier wiederum aufgezeigt wird, wie schlecht die Gemeinde Perwang finanziell dasteht, jedoch deshalb nicht alle Förderungen gestrichen werden können.

GR Kreuzeder Stefan bemerkt, daß seiner Meinung nach der Mangel der Verwendung der Verfügungsmittel des Bürgermeisters für den Ausflug eine versteckte Kritik an der Kostenbeteiligung der Gemeinde am Ausflug darstellt.

Da dazu keine weitere Wortmeldungen erfolgen, stellt der Vorsitzende den **Antrag, den Prüfungsbericht der Bezirkshauptmannschaft Braunau am Inn anlässlich der Überprüfung des Rechnungsabschlusses für das Haushaltsjahr 1997 zur Kenntnis zu nehmen.**

Dem Antrag des Vorsitzenden wird mittels Handzeichen von allen anwesenden Gemeinderatsmitgliedern die Zustimmung erteilt.

Tagesordnungspunkt 8: Resolution gegen die Gefährdung der medizinischen Versorgung der Landbevölkerung (Abschaffung der Hausapotheken)

Dazu erklärt der Vorsitzende, daß die Ärztekammer an ihn herangetreten ist, eine Resolution zu beschließen, damit die medizinische Versorgung der Landbevölkerung nicht gefährdet wird bzw. die Hausapotheken der Ärzte nicht abgeschafft werden.

Über Ersuchen verliest der Schriftführer die Resolution wie folgt:

RESOLUTION

**GEGEN DIE GEFÄHRUNG DER
MEDIZINISCHEN VERSORGUNG DER LANDBEVÖLKERUNG**

Der Verfassungsgerichtshof hat in seinem Erkenntnis vom 2. März 1998 Beschränkungen im Bereich der Bewilligungen von öffentlichen Apotheken teilweise aufgehoben. Durch diese Aufhebung besteht nunmehr die Gefahr, daß vermehrt öffentliche Apotheken künftighin Niederlassungsbewilligungen erhalten werden und dadurch derzeit bestehende Hausapotheken geschlossen werden müssen. Damit würde jedoch das derzeit bestehende und bestens funktionierende System der Versorgung der Patienten mit Arzneimitteln durch öffentliche Apotheken, aber auch wesentlich durch Hausapotheken massiv gefährdet. Ohne gesetzliche Änderung würde aufgrund des Verfassungsgerichtshoferskenntnis die derzeitige Struktur der Versorgung der Landbevölkerung speziell durch Hausapotheken vielerorts wegfallen.

Der Gemeinderat der Gemeinde Perwang am Grabensee ersucht Sie daher, alle Ihnen zur Verfügung stehenden Mittel zu ergreifen, diesen Anschlag auf die medizinische Versorgung der Bevölkerung auf dem Lande abzuwehren. Bezüglich der Hausapotheken kann dies aus unserer Sicht nur bedeuten, daß gesetzlich klargestellt werden muß, daß zumindest die bereits bisher bestehenden Hausapotheken bzw. die jetzt durch Hausapotheken versorgten Regionen auch weiterhin, unabhängig von den Standorten öffentlicher Apotheken, durch hausapothekenführende Ärzte versorgt werden.

Ergeht an:

1. Dr. Peter Kostelka, SPÖ-Club, Dr. Karl Renner Ring 3, 1017 Wien
2. das Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, z.H Fr. Bundesminister Hostasch Eleonore, Stubenring 1, 1010 Wien
3. Ärztekammer für OÖ, Dinghoferstr. 4, 4020 Linz
4. Österr. Apothekenkammer, Landesgeschäftsstelle für OÖ, Mozartstr. 26/I, 4020 Linz
5. Hauptverband der Österr. Sozialversicherungsträger, Kundmanngasse 21-23, 1030 Wien

Da sich hier alle Gemeinderatsmitglieder einig sind, stellt der Vorsitzende den **Antrag, die soeben vernommene Resolution zu beschließen und den angegebenen Personen und Institutionen zuzusenden.**

Dem Antrag des Vorsitzenden wird mittels Handzeichen von allen anwesenden Gemeinderatsmitgliedern die Zustimmung erteilt.

Tagesordnungspunkt 9: Nachbesetzung eines Dienstnehmersvertreters für den Personalbeirat
anlässlich des Ausscheidens von Frau Lenerth Renate

Dazu erklärt der Vorsitzende, daß Frau Lenerth Renate Dienstnehmersvertreter im Personalbeirat war. Durch ihr Ausscheiden aus dem Gemeindedienst muß diese Position nachbesetzt werden.

Von den Dienstnehmern der Gemeinde Perwang am Grabensee wird Herr Stabauer Gerhard als Vertreter im Personalbeirat anstatt Frau Lenerth Renate vorgeschlagen.

Da dazu keine Wortmeldungen erfolgen, stellt der Vorsitzende den **Antrag, zur Kenntnis zu nehmen, daß Herr Stabauer Gerhard anstatt Frau Lenerth Renate die Dienstnehmer im Personalbeirat in Zukunft vertreten wird.**

Dem Antrag des Vorsitzenden wird mittels Handzeichen von allen anwesenden Gemeinderatsmitgliedern die Zustimmung erteilt.

Tagesordnungspunkt 10: Maislinger Waltraud; Ansuchen um Verlängerung des Mietvertrages

Dazu erklärt der Vorsitzende, daß der Mietvertrag mit Frau Maislinger Waltraud am 31.10.1998 aufläuft. Auf Antrag von Frau Maislinger soll dieser Vertrag nun um 2 Jahre verlängert werden.

Über Ersuchen verliest der Schriftführer das Ansuchen von Frau Maislinger zur Gänze.

Da man mit Frau Maislinger noch nie Probleme hatte, wird einhellig vereinbart, dem Gesuch zuzustimmen.

Da dazu keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, stellt der Vorsitzende den **Antrag, den Mietvertrag mit Frau Maislinger Waltraud um 2 Jahre zu verlängern.**

Dem Antrag des Vorsitzenden wird mittels Handzeichen von allen anwesenden Gemeinderatsmitgliedern die Zustimmung erteilt.

Tagesordnungspunkt 11: Übernahme von Bürgschaften für den Reinhaltungsverband Trumerseen

<i>Bauabschn.</i>	<i>Bank</i>	<i>Darl.nummer</i>	<i>Darl.betrag</i>	<i>Anteil (%)</i>	<i>Anteil (öS)</i>
11	Bank Austria	400131470	34.720.000,--	4,253	1.476.641,60
11 (Ausfin.)	Bank Austria	400131488	8.680.000,--	4,253	369.160,40
17	Bank Austria	400131496	8.680.000,--	4,253	369.160,40
17 (Ausfin.)	Bank Austria	400131504	2.170.000,--	4,253	92.290,10
08 (Ausfin.)	Bank Austria	400131462	1.076.200,--	9,876	106.325,--

Dazu erklärt der Vorsitzende, daß es heute darum geht, wieder einmal einige Bürgschaften für den Reinhaltungsverband Trumerseen zu übernehmen. Es sind 5 Bürgschaften mit einem Gesamtbetrag von S 2.413.577,50 für den Ba 8, 11 und 17 zu übernehmen.

Über Ersuchen verliert der Schriftführer alle 5 Bürgschaftübernahmen sowie die dazugehörigen Schuldscheine zur Gänze.

Nach einer kurzen Diskussion stellt der Vorsitzende den Antrag, folgende 5 Bürgschaften zu übernehmen:

<i>Bauabschn.</i>	<i>Bank</i>	<i>Darl.nummer</i>	<i>Darl.betrag</i>	<i>Anteil (%)</i>	<i>Anteil (öS)</i>
11	Bank Austria	400131470	34.720.000,--	4,253	1.476.641,60
11 (Ausfin.)	Bank Austria	400131488	8.680.000,--	4,253	369.160,40
17	Bank Austria	400131496	8.680.000,--	4,253	369.160,40
17 (Ausfin.)	Bank Austria	400131504	2.170.000,--	4,253	92.290,10
08 (Ausfin.)	Bank Austria	400131462	1.076.200,--	9,876	106.325,--

Dem Antrag des Vorsitzenden wird mittels Handzeichen von allen anwesenden Gemeinderatsmitgliedern die Zustimmung erteilt.

Tagesordnungspunkt 12: Kindergarten- und Schülertransport

Dazu erklärt der Vorsitzende, daß heute beschlossen werden soll, was mit den Kindern passiert, welche nicht berechtigt wären, mit dem Schulbus mitzufahren. Die Grenze ist bei Schülern 2 km und Kindergartenkindern 1 km.

Der Vorsitzende erklärt weiters, daß es hier um unsere Kinder geht, welche man bei Wind und Wetter auf die Straße schickt. Seiner Meinung nach ist die 2 km Grenze eindeutig zu hoch. Man kann einem 6-jährigen Kind doch nicht zumuten, 2 km bei jeder Witterung zu Fuß zu gehen.

Dazu erklärt GR Kappacher, daß bei der Elternbesprechung am 21. September herausgekommen ist, daß man alles unternehmen soll, die Kinder auch unter 2 km unbedingt mit dem Bus mitzunehmen.

Der Vorsitzende erklärt, daß man angesichts unseres Budgets diese Fahrten jedoch nicht kostenlos machen kann. Er schlägt vor, für Kinder, welche keinen Anspruch haben, S 200,-- pro Kind und Monat zu verlangen. Sollte ein Kind jedoch nur eine Hin- bzw. Heimfahrt benötigen, schlägt er vor, lediglich S 100,-- zu verlangen.

Diese Regelung soll einmal für das jetzige Schuljahr 1998/99 gelten. In der Zwischenzeit soll eine Besprechung mit Herrn Scheinert von der Finanzlandesdirektion durchgeführt werden, bei welcher alle Probleme durchdiskutiert werden können. Vielleicht kann man hier das ein oder andere Problem lösen.

Weiters erklärt der Vorsitzende, daß die Bauaufsichtigung der Schüler durch Frau Brandauer Anna durchgeführt wird, welche jedoch gleichzeitig in der Früh Reinigungsarbeiten durchführt. Die Haftung bei einem Unfall liegt weiterhin bei den Eltern. Frau Brandauer soll lediglich eine Ansprechperson bei Problemen etc. sein.

Nach einer kurzen Diskussion stellt der Vorsitzende den **Antrag, die soeben besprochene Vorgangsweise im Bereich des Kindergarten- und Schülertransportes in die Tat umzusetzen und für das Schuljahr 1998/99 auch Kinder unter 2 km unter Einhebung eines Kostenersatzes von S 200,-- bzw. S 100,-- pro Kind und Monat zu transportieren.**

Dem Antrag des Vorsitzenden wird mittels Handzeichen von allen anwesenden Gemeinderatsmitgliedern die Zustimmung erteilt.

Tagesordnungspunkt 13: Allfälliges

GR Eidenhammer Robert erklärt, daß der Löschteich in Hinterbuch saniert gehört.

Vom Vorsitzenden werden die 14 gestellten BZ-Anträge kurz erläutert.

Der Vorsitzende berichtet weiters, daß in Kürze zwischen Gemeinde und Schule bzw. bei der Siedlungsstraße Andorfer-Wandas und bei der FF-Zeugstätte Straßenlaternen aufgestellt werden.

Weiters berichtet der Vorsitzende, daß 5 Gartenbänke angekauft werden sollen, welche jedoch über den Winter weggeräumt werden sollen, damit die Lebensdauer erhöht wird.

Von der Bezirksstelle des Roten Kreuzes wurde zu einer Haussammlung angeregt. Hier ist man sich einig, diese nicht durchzuführen, da eine solche bereits vom RK Mattsee durchgeführt wird.

Vize-BGM Kreuzeder erklärt, daß die Kreuzung bzw. die Kuppe in Oberöd sehr gefährlich ist und entschärft gehört. Damit wird der Bauausschuß beauftragt.

Der Schriftführer erklärt, daß die Anmeldungen zum Umweltstammtisch am 08. Oktober bestätigt worden sind.

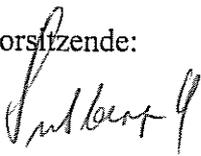
GR Kreuzeder Stefan erklärt, daß bei der Einmündung der Rödhausener Straße in die Baier Bezirksstraße unbedingt ein Verkehrsspiegel aufgestellt gehört. Man soll hier mit der BH sprechen. Weiters sollen Bodenmarkierungen aufgetragen werden.

GR Kreuzeder Stefan fragt an, ob die Entschädigung für die Straßenentwertung von der Ferngas schon eingenommen wurde. Dazu erklärt der Vorsitzende, daß man hier zuwartet, bis eine Straße saniert wird, da man sonst die MWSt. verlieren würden.

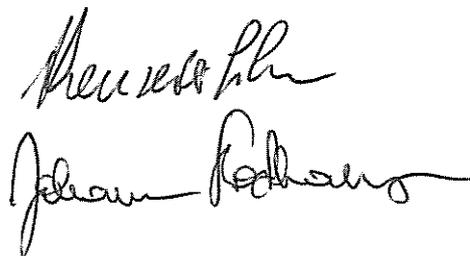
Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der Vorsitzende um 21,40 Uhr die Sitzung.

Gegen die, während dieser Sitzung aufgelegene Verhandlungsschrift vom 26.06.1998 wurden keine Einwendungen erhoben.

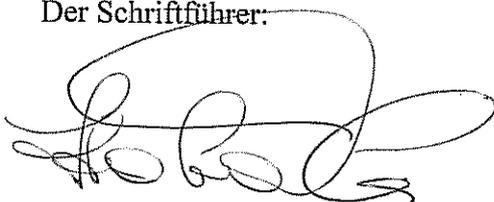
Der Vorsitzende:



Zwei Gemeinderatsmitglieder:

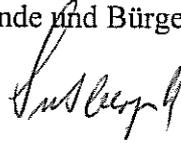


Der Schriftführer:



Der Vorsitzende bekundet hiemit, daß gegen diese Verhandlungsschrift in der Sitzung am 15.10.1998 keine Einwendungen erhoben wurden.

Der Vorsitzende und Bürgermeister:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'S. S. S. S.', is written over the printed text 'Der Vorsitzende und Bürgermeister:'. The signature is cursive and somewhat stylized.